GENDER
OPEN
REPOSITORIUM

„Zukunft der Frauenarbeit" : Bericht über einen Kongreß in Bielefeld

Schüller, Elke

1984

https://doi.org/10.25595/711

Veröffentlichungsversion / published version
Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Schüller, Elke: *„Zukunft der Frauenarbeit" : Bericht über einen Kongreß in Bielefeld*, in: Feministische Studien : Zeitschrift für interdisziplinäre Frauen- und Geschlechterforschung, Jg. 3 (1984) Nr: 1, 184-186. DOI: https://doi.org/10.25595/711.

Diese Publikation wird zur Verfügung gestellt in Kooperation mit dem Walter de Gruyter Verlag.

Erstmalig hier erschienen / Initial publication here: https://doi.org/10.1515/fs-1984-0114

GenderOpen – Repositorium für die Geschlechterforschung: www.genderopen.de

FREIE UNIVERSITÄT BERLIN

HUMBOLDT-UNIVERSITÄT ZU BERLIN

Informationen

Elke Schüller

„Zukunft der Frauenarbeit". Bericht über einen Kongreß in Bielefeld

4. bis 6. November 1983

Hohe Ansprüche wurden an den Kongreß „Zukunft der Frauenarbeit" gestellt, nämlich Mittel und Wege zu finden, diese als Frauen in einer Männergesellschaft selbst zu bestimmen. Gesucht wurde nach Handlungsdirektiven, Widerstandsstrategien, Formen ‚feministischer' Politik, um die durch Arbeit bestimmte gesellschaftliche Situation von Frauen zu verändern. Nicht mehr nur analysieren, sondern handeln war das Motto. Phantasie war gefragt, um „Alltagswiderstand" zu mobilisieren. Es sollte „der Kongreß werden, den wir brauchen...".

Die Veranstalterinnen (das Autonome Frauen- und Lesbenreferat im ASTA der Uni Bielefeld, unterstützt vom Verein „Sozialwissenschaftliche Forschung und Praxis für Frauen e.V.", Köln) appellierten an die Solidarität aller Frauen, denn sie alle seien betroffen. Um Veränderungen in Gang zu bringen, sei es erforderlich, sich aufeinander zu beziehen, eine Frauenöffentlichkeit herzustellen und Gemeinsamkeiten zu erkennen.

Anlässe für einen solchen Kongreß gibt es genug: Die Verschlechterung der ökonomischen Lage bedroht zunehmend die Lebensbedingungen der Frauen. Frauen haben schlechtere Berufs- und Ausbildungschancen. Sie sind zunehmend erwerbslos. Sie müssen immer häufiger unterqualifizierte, schlechtbezahlte, oft nicht sozialversicherungspflichtige Arbeiten annehmen. Sie sind besonders betroffen vom Einsatz neuer Technologien. Die Zukunft der Frauenarbeit hat schon begonnen: Sie sieht job-sharing, KAPOVAZ, Heimarbeit, Aushilfsarbeit vor. Es gibt wieder Kampagnen gegen das ‚Doppelverdienertum'. Frauen sollen erneut an Ehe und Mutterschaft gebunden werden. Das alles ist bekannt.

Konkreter Anlaß bzw. Anstoß für diesen Kongreß aber war ein anderer Kongreß: die grün-alternative Veranstaltung „Zukunft der Arbeit – Wege aus der Arbeitslosigkeit", die im Oktober 1982 ebenfalls in Bielefeld und im gleichen – unterkühlt wirkenden, Distanz zueinander schaffenden – Audi-max der Universität stattfand. Sie sollte eine „alternativ grüne, oppositionell gewerkschaftliche und ökologische Wirtschaftspolitik" formulieren. Die anwesenden Frauen erlebten dabei, wie auch diese Szene borniert männlich die sexistische Hierarchie der Arbeitsteilung und die besondere Situation der Frauen nicht einmal thematisierte. Sie sahen daher die Notwendigkeit, einen eigenen Kongreß zur Zukunft der Frauenarbeit zu veranstalten.

Auf diesem Kongreß nun sollten nicht Expertinnenreferate konsumiert werden, sondern die Teilnehmerinnen anhand „ihrer eigenen Betroffenheit" den Zugang zum Thema finden, „denn die Betroffenheit ist die Voraussetzung für feministische Politik und macht es uns überhaupt möglich, als Frauen politisch zu handeln. [...] Eine Stellvertreterpolitik hilft uns nicht weiter". (Veranstaltungsprogramm)

Getreu dem Motto: „Der Feminismus bedeutet auch die Revolutionierung von Kongressen" (Claudia von Werlhof), war auch sein organisatorischer Ablauf strukturiert: nach der Eröffnungsveranstaltung am Freitagabend, bei der die Veranstalterinnen ihre Ausgangspositionen in Form kurzer Referate vortrugen, wurden am Samstagvormittag Kleingruppengespräche zu folgenden Fragestellungen initiiert: „1.) Wir leisten Widerstand und entwickeln Überlebensstrategien, wie können wir voneinander lernen? 2.) Wo scheitert Widerstand und Überlebensstrategie, weil es die Bewegung nicht gibt?" (Veranstaltungsprogramm)

Am Nachmittag diskutierten die 600–800 Teilnehmerinnen dann in ca. 35 themenspezifischen Arbeitsgruppen, deren inhaltliches Spektrum u.a. folgendes umfaßte: Mutterschaft als Widerstand, Bäuerinnen, Einführung neuer

Technologien, Arbeitszeitverkürzung, sexistische Belästigung am Arbeitsplatz, wirtschaftspolitische Alternativen für Frauen, Frauennetz(berufsspezifische wie ökonomische), Frauen- oder Friedensbewegung.

Am Sonntagvormittag wurden in einem Abschlußplenum die entwickelten Vorschläge für ein politisches Handeln aus den Gruppen zusammengetragen und diskutiert (allerdings unter großem Zeitdruck und in Aufbruchstimmung). Sie bewegten sich auf sehr unterschiedlichem Niveau. Teilweise bezogen sie sich auf bereits bestehende Projekte (z.B. Netzwerke), teilweise propagierten sie schon von anderer Seite Praktiziertes (z.B. Kaufboykott). Es gab aber auch Vorschläge, die auf der Ebene der „alltäglichsten aller Widerstandsformen" ansetzen sollte. Es wurde angeregt, „das Lächeln zu verweigern" bzw. „an der ‚falschen' Stelle zu lachen", z.B. bei Reizwörtern wie ‚Ehe' oder ‚Familie'. Als Mittel, sich gegen sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz zu wehren, wurden Frauenvollversammlungen im Betrieb, Briefeschreiben an die Belästiger sowie die Einrichtung eines nationalen Tribunals gegen sexuelle Belästigung empfohlen. Neue Technologien, die Auswirkungen auf die Erwerbstätigkeit von Frauen haben, sollen boykottiert und sabotiert werden, z.B. die Geldautomaten der Banken.

Die Gruppe „Mädchen zwischen Anpassung und Widerstand" forderte Quotierungen in Männerberufen und die Schaffung von Ausbildungsplätzen in Frauenprojekten. Frauen aus den Gewerkschaften schlugen vor, am Arbeitsplatz Frauengruppen zu gründen, um bestimmen zu können, mit wem die speziell für Frauen eingerichteten Gewerkschaftsposten besetzt werden. Für Mütter wurde propagiert, die Ehe ebenso zu boykottieren wie die Hausaufgabenhilfe für die Kinder. Weiter wurde der Aufbau bzw. Ausbau von Frauennetzwerken für die unterschiedlichsten Arbeits- und Lebensbereiche angekündigt (z.B. Netzwerk von Frauen in Sozialen Berufen). Und schließlich forderte die Kölner Gruppe „Auszug aus dem Technopatriarchat", Frauen sollten die weitere Ausbeutung der Natur, der Dritten Welt und der Frauen verhindern helfen, indem sie nicht mehr als Agentinnen des Konsums fungierten. Sie sollten z.B. Sojafleisch aus Brasilien, Kosmetika aus der Dritten Welt usw. nicht mehr kaufen.

Die grundsätzlichen Diskussionen dieses Kongresses waren geprägt von der theoretischen Prämisse der Vorbereitungsgruppe, Frauenarbeit als „Zwangsarbeit" zu bestimmen:

„Frauen [sind], anders als Männer, nicht Trägerinnen von Arbeitskraft, die sie frei verfügbar haben, sondern [sie müssen] in höchst unfreier Form immer zugleich ihre Körperlichkeit, ihre Sexualität, d.h. ihre Weiblichkeit und damit sich als Trägerin samt Arbeitskraft verkaufen [. . .] bzw. wird ihnen dies abgerungen [. . .] Es [gibt] nur eine typisch weibliche Arbeit in unserer Gesellschaft, die die Berufsarbeit wie die Hausarbeit gleichermaßen prägt und die darin besteht, daß Frauen für die Bedürfnisse anderer zur Verfügung zu stehen haben." (Veronika Bennholdt-Thomsen, „Die Zukunft der Frauenarbeit und die Gewalt gegen Frauen", in: Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis 9/10, Köln 1983, S. 208).

Diese Position begreift Haus- und Erwerbsarbeit, bezahlte und unbezahlte Arbeit, als grundlegend zusammengehörig und lehnt damit die grün-alternativen Vorstellungen einer ‚Dualwirtschaft' ab. Der vermeintliche Dualismus zwischen Haus- und Erwerbsarbeit sei jedoch unbewußt als starke, spaltende Ideologie in den Köpfen der Frauen verankert. Er simuliere einen Gegensatz, eine Wahlmöglichkeit zwischen Haus- und Erwerbsarbeit, zwischen Hausfrausein und Berufsfrausein.

„Wir alle sind Hausfrauen, ob wir wollen oder nicht!"
„Denn alle Frauen haben in ihrer Arbeit dienstvoll zur Verfügung zu stehen und zwar als ganze Frauen mit unserem Können und unserem Körper. Wir erhalten die befristeten, ungeschützten, schlechtbezahlten Erwerbsarbeitsplätze, wir werden verachtet und beleidigt, weil wir Hausfrauen sind." (Veronika Bennholdt-Thomsen)

Aus diesen Überlegungen zog die Vorbereitungsgruppe folgenden Schluß:

„Wir haben keine Alternative als uns selbst, wenn wir wollen, daß es uns besser geht als bisher. Die Situation ist klar, die Schlußfolgerung logisch: Wir brauchen den Frauenbund!"

„Es gibt keine Organisationen, die sich für unsere Forderungen einsetzen und sie durchsetzen würden. Das müssen wir Frauen schon selber tun."

Ein solcher Frauenbund wurde vorgestellt als die Gesamtheit von Aktivitäten und Widerstand, als „spontanes Sich-Verbünden, überall dort, wo Frauen mit Männerherrschaft und Gewalt konfrontiert sind", nicht als Verein mit Vorstandshierarchie, Satzung und Aufnahmebedingungen. Ihm wird zugetraut – und das scheint erwünscht –, die Zersplitterung in der Frauenbewegung, die sich widersprechenden Zielsetzungen und Strategien nivellieren zu können. Der Frauenbund soll Frauen die Chance geben, unterschiedliche Lebensentwürfe zu entdecken.

„Wenn wir unsere Unterschiede anerkennen, Anderes als Anderes sehen, nicht als ‚besser' oder ‚schlechter', und Widersprüche nicht als Bedrohung erleben, unterlaufen wir die patriarchalischen Spaltungsstrategien. Wir müssen uns unserer Konkurrenz bewußt werden da, wo sie uns daran hindert, uns auf Frauen zu beziehen und Solidarität gegenüber Frauen zu praktizieren. Denn da, wo die Konkurrenz aufhört, fängt der Frauenbund an!" (Ina Klietz, Vorbereitungsgruppe)

Der Begriff des Frauenbundes stieß bei den Teilnehmerinnen größtenteils auf Erstaunen, Irritation und Ablehnung. Ein Grund dafür war, daß niemand sich so recht etwas darunter vorstellen konnte, auch die Veranstalterinnen nicht. Auch wurde nicht geklärt, und das wäre wichtig gewesen, inwieweit die Vorstellungen vom Frauenbund mit der Idee Sybille Plogstedts von einem „alternativen" oder auch „autonomen Frauenrat" zusammenhängen. Dieser „Frauenrat" – zuerst vorgeschlagen auf der Berliner Frauensommeruniversität 1983 und erneut bei diesem Kongreß – soll für die zersplitterten Frauengruppen ein Diskussions- und Koordinationsforum schaffen und nach dem Rätemodell aufgebaut sein..

Von den Veranstalterinnen, die doch vorher lediglich den individuellen Widerstand und die Möglichkeit der Verweigerung für jede einzelne Frau mit der Perspektive des gemeinsamen subversiven Handelns propagiert hatten, widersprach keine diesem Vorschlag einer traditionellen politischen Organisationsstruktur, wie sie in der Idee eines „Frauenrates" zum Ausdruck kommt. Obwohl sie doch meinten, Frauen müßten innovativ die eigene Zukunft mit „weiblicher Handlungsstrategie bewältigen und verändern", obwohl sie doch den Frauenbund gerade nicht als feste Organisationsstruktur verstanden wissen wollten, in der es gewählte Delegierte und Beschlüsse geben würde. Oder was meint der „alternative Frauenrat" anderes?

Viele Teilnehmerinnen des Kongresses hatten allerdings grundsätzliche Bedenken gegenüber der Idee des Frauenbundes und auch des „alternativen Frauenrates": Es wurde die Terminologie kritisiert, da der Begriff „Frauenbund" heftige Assoziationen zum nationalsozialistischen Sprachgebrauch hervorrufe. Eine grundlegende Kritik (vor allem von Alice Schwarzer vorgetragen) betonte die Notwendigkeit, inhaltliche Positionen innerhalb der Frauenbewegung vor der Organisationsfrage zu diskutieren. In ihren Augen gaukelt die Idee des Frauenbundes eine Einheitlichkeit einer feministischen Bewegung vor, die nicht vorhanden sei. Es handele sich um einen Etikettenschwindel, denn die Kontroversen seien groß und dürften nicht von einem falschen ‚Wir-Gefühl' zugekleistert werden: „Frau-sein an sich ist kein Programm", und eine Frauengruppe sei nicht automatisch eine feministische Gruppe. Es sei in der augenblicklichen Situation notwendig, den Feminismus wieder zu einer politischen Kraft zu machen, die gesellschaftlich relevant werden und z.B. auch Parteien und Gewerkschaften durch Druck von außen beeinflussen könne. Feminismus müsse also radikalisiert und mobilisiert, nicht aber in Organisationsstrukturen gefaßt werden.

Es bleibt zu hoffen, daß zukünftige Kongresse diese Gedanken aufgreifen, um in Analysen und in der Entwicklung von Handlungsstrategien nicht immer wieder hinter das zurückzufallen, was Feministinnen schon einmal gedacht und erarbeitet haben.

Erika M. Hoerning

Bericht über die Teilnahme an zwei soziologischen Kongressen in den Vereinigten Staaten:

(1) SSSP (The Society for the Study of Social Problems), 27.–30. August 1983;
(2) ASA (The American Sociological Association), 31. August – 4. September 1983

Das letztjährige 78. Jahrestreffen der American Sociological Association (ASA) fand in Detroit statt. Die traditionelle Vorkonferenz zu ASA ist die SSSP-Konferenz. Beide Konferenzen wählen Generalthemen, die von den amtierenden Präsidenten festgelegt werden. Für SSSP lautete das Thema: „THE MAKING OF SOCIAL PROBLEMS: Social Construction and Maintenance of Social Problems over Time", und ASA hatte das Generalthema „AGE AND GENDER: Differentiation in a Life-Span Framework". Die momentanen Präsidenten beider Gesellschaften sind Frauen: für SSSP Helena Z. Lopata, Loyola